# Wilsdruffer Tageblatt

**Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks**

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Geschäftsstelle, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Textmillimeterzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6** Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt**

Nr. 53 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 3. März 1934


## Alte und neue Methoden.

**Königsmacher. — Abseits vom Völkerbund. — Der Weg aus der Krise.**

Die Krise ist die Mutter der Gerüchte und je größer und umfassender solch eine Krise ist, desto mehr wächst auch die Kinderschar der Gerüchte an. Das gilt zur Zeit wohl am meisten für Österreich. Für alle Mächte des europäischen Westens, Südens und Ostens ist dieser Staat nur eine Figur im Schachspiel, — nur für Deutschland nicht! Denn für uns ist er Blut von unserem Blut. Und bleibt es! Aber die anderen Mächte behandeln dieses Österreich, das so urplötzlich zum Drehpunkt ihres politischen Für- und Gegeneinander geworden ist, doch in einer etwas merkwürdigen Art. Vierzehn Tage erst ist es her, als in feierlichen Trompetenstößen die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit aller Welt als die Forderung des Tages verkündet wurde. Jeder, der nicht blind auf beiden Augen war, lächelte skeptisch oder bitter. Denn allzu viele Fäden, die wie Ketten aussehen, ziehen sich von Paris, Genf, Paris nach Wien. Bald zupft man daran von hier, bald von dort aus — und die Puppen tanzen. Soll nun etwa eine neue Puppe auf die Bühne gestellt werden, eine Puppe, die eine Krone trägt und — man verzeihe das Bild — der das blutgewordene Blut der Habsburger durch die Adern tröpfelt? Soll Otto von Habsburg Herrscher in Österreich werden, nicht von Gottes, sondern von Auslands Gnaden? Diese Methode ist ein bißchen alt; die hat man vor 120 Jahren schon mal in Frankreich bei den Bourbonen angewandt, — allerdings mit entschiedenem Mißerfolg! Die damalige „Restauration" führte alle zurück, die mehr als zwanzig Jahre „nichts hinzugelernt und nichts vergessen hatten". Danach riecht's auch ein wenig in einem Teil jener Kreise, die heute in Österreich augenblicklich an der Macht sind oder sich danach hindrängen. Doch „Habsburg" bedeutet mehr als nur Österreich, — es bedeutet für den Donauraum ein Programm. Und infolgedessen mußte Herr Benesch, der Führer der diesem Programm entgegenstehenden Nachfolgestaaten, wieder den Salonwagen gen Paris benutzen und inzwischen daheim allerhand dunkle Drohungen gegen eine Habsburger-„Restauration" in Österreich in die Lüfte steigen lassen. Dabei gibt es doch für die Beseitigung aller zwischen Himmel und Erde nur denkbaren Möglichkeiten der Friedensstörung eine ebenso alte wie schlecht bewährte Methode, die die Überschrift trägt: Der Völkerbund. Freilich paßt auch auf ihn eines deutschen Dichters hartes Wort: „Der Bund, dieser Hund, der ist nicht gesund!" Aber Benesch, dieser „commis voyageur" des Völkerbundes, sollte doch nicht solche, ihn selbst und die andern noch mehr kompromittierende Androhungen mit Waffengewalt in seiner Mustertasche herumtragen! Denn das sind doch seit 1918 längst überwundene Methoden, deren Wiederanwendung Herr Benesch bisher doch höchstens Deutschland vorwarf.

*

Politisch rückständige Zeitgenossen könnten im Hinblick auf dieses eigenartige „Spiel" in und um Österreich den hehren Hüter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, also den Völkerbund, einmal darauf aufmerksam machen, daß dieses Recht doch eigentlich auch für — das österreichische Volk gelte. Und daß man nun eigentlich dieses selbst einmal befragen sollte, wie es über das ganze Spiel denke. Doch dann würden die „Königsmacher" wohl ihr blitzblaues Wunder erleben! Aber — wer fragt denn heute überhaupt noch den Völkerbund oder nach ihm! Fern von der auf Eis gelegten, schon recht erstarrten Abrüstungskonferenz reiste der englische Staatssekretär auf „Diplomatentour", und die Annäherung zwischen Deutschland und Polen vollzog sich weitab von den Genfer Salons. Die zwischen beiden Mächten getroffenen politischen Vereinbarungen haben nun ihre Vervollständigung erfahren durch ein wirtschaftlich-zollpolitisches Übereinkommen; diesem aber ist ein besseres Schicksal beschieden als dem viel umkämpften deutsch-polnischen Handelsvertrag vom Jahre 1930, der zwar in Berlin und Warschau unterschrieben, aber dann weder vom Deutschen Reichstag, noch vom polnischen Sejm ratifiziert wurde. Jetzt soll zunächst einmal dem Zoll- und Handelskrieg ein Ende gemacht werden, der mit allen Mitteln der Zolltarifpolitik, der Einfuhrverbote usw. gegeneinander geführt worden ist und den gegenseitigen Güteraustausch zwischen den beiden Staaten — soweit er überhaupt noch bestand — auf ärgste erschwerte. Daß auch der deutsche Osten, vor allem Schlesien und Ostpreußen, schwer darunter litten, daß andererseits aber auch der Wirtschaft Polens in diesem achtjährigen Krieg schwere Wunden geschlagen wurden, versteht sich angesichts der Tatsache von selbst, daß beide Staaten auf Hunderte von Kilometern die gleiche Grenze haben, also Nachbarn sind. Und es ist immer besser, für beide zuträglicher, wenn Nachbarn sich vertragen, als wenn sie sich schlagen. Eine solche Verständigung aber wäre nie zustande gekommen, wenn man etwa auf den Völkerbund mit der Ölkanne seiner Verständigungsempfehlungen gewartet hätte.

*

# Soziale Abgabensenkung ab 1. April.

**Wichtige Mitteilungen des Staatssekretärs Reinhardt.**

Das „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht eine Unterredung des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, mit dem Berliner Vertreter des Blattes. Das Gespräch erstreckte sich u. a. auf Fragen der allgemeinen Steuerpolitik.

**Besonders beschäftigt den Staatssekretär die Hebung der Kaufkraft der ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Spanne zwischen Brutto- und Nettolohn erscheint ihm gegenwärtig aus verschiedenen Gründen zu hoch. Dazu trügen nicht nur die staatlichen Abgaben bei, sondern vielfach auch die hohen Pflichtbeiträge für Organisationen usw., für deren Verringerung er sich bereits mit Nachdruck eingesetzt habe. Das Reich werde mit gutem Beispiel vorangehen.**

Die Abgaben für Arbeitslosenhilfe erbringen im laufenden Rechnungsjahr rund 525 Millionen Mark. Er beabsichtige nun, die Abgaben mit Wirkung ab 1. April 1934 um rund 285 Millionen Mark zu senken.

**Vom 1. April ab wolle er alle Einkommen von nicht mehr als 200 Mark völlig frei von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe gestalten.**

Die Einkommen von 200 bis 300 Mark monatlich sollen um 35 Millionen Mark weniger und die Einkommensstufen von mehr als 300 Mark monatlich um 25 Millionen weniger als bisher an Abgabe zur Arbeitslosenhilfe aufbringen. Im übrigen komme die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, die ihre große Wirkung in den Wintermonaten getan habe, am 1. April ebenfalls in Fortfall.

Auch die Haushaltslage des Reiches sei günstig zu beurteilen. Zum Schluß der Unterredung machte Staatssekretär Reinhardt energisch Front gegen alle Gelüste nach einem inflationistischen oder devalvationistischen Kurs, der ein Verbrechen an der Wirtschaft darstellen würde. Regierung und Reichsbank seien entschlossen, nicht das Vertrauen der Sparer zu enttäuschen.

### Eine großzügige familienpolitische Tat der deutschen Aerzteschaft.

Berlin, 3. März. In der Erkenntnis, daß gerade die deutschen Aerzte in der Familienpolitik richtung- und beispielgebend voranzugehen haben, hat der Führer der deutschen Aerzteschaft Dr. Wagner die Schaffung eines Ausgleichskassensystems veranlaßt, das am 1. April 1934 in Kraft treten wird. Darnach wird bei der Hauptgeschäftsstelle der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, wie der „Völkische Beobachter" meldet, eine „Ausgleichskasse" errichtet, die sich in eine „Familienlastenausgleichskasse" und in die „Ärztliche Ausgleichskasse für Notstandsgebiete" gliedert. Die letztere hat den Zweck, durch Unterstützung der Kassenärzte in wirtschaftlich notleidenden Gebieten die ärztliche Hilfe der Bevölkerung sicherzustellen. Die „Familienlastenausgleichskasse" dagegen dient dazu, bei der Verteilung des Kassenarzthonorars kinderreiche Aerzte besonders zu berücksichtigen. Vom 1. Januar 1934 ab führen sämtliche Orts-, Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen 3 v. H. und sämtliche Landkrankenkassen 2 v. H. der von ihnen für die Kassenärzte zu zahlenden Vergütungen an die Hauptgeschäftsstelle der kassenärztlichen Vereinigung ab. Aus diesen Beträgen zahlt dann die Zentrale Familienausgleichskasse vom 1. April 1934 ab an alle Aerzte, die Mitglieder der kassenärztlichen Vereinigung sind und drei und mehr Kinder haben, für jedes dritte und weitere Kind monatlich den Betrag von fünfzig Mark unmittelbar aus. Vorläufig werden etwa 7500 Aerzte mit vier und mehr Kindern den Vorteil von dieser Regelung haben. Die Zuschüsse werden bis zum 21. Lebensjahre geleistet.

# Die Krisis der Abrüstungsbesprechungen

**Frankreich bleibt hartnäckig.**

„Nichts Neues aus Paris!" Mit diesem geflügelten Wort könnte der englische Großsiegelbewahrer Eden den Bericht über seine Erkundungsreise in Rom, Berlin und Paris vor seiner Regierung einleiten. Es ist ihm allen Anschein nach nicht gelungen, Frankreich von seinem halsstarrigem Standpunkt in der Abrüstungsfrage abzubringen: In Pariser Kreisen wird der Standpunkt Frankreichs gegenüber den von Eden vorgetragenen Auffassungen in folgenden Punkten festgelegt: Es sei unmöglich, einen Vertrag zu unterzeichnen, der auf eine Wiederaufrüstung Deutschlands hinauslaufe. Man sei nicht deshalb auf die Genfer Konferenz gegangen. Es sei unmöglich, daß außerhalb der Reichswehr die derzeitigen militärähnlichen Verbände, SA. und SS. aufrechterhalten würden. Es sei unmöglich, den Gedanken einer Kontrolle anzunehmen, ohne daß damit die Möglichkeit von Sanktionen verbunden sei. Frankreich erhebe Einspruch dagegen, daß Deutschland eine militärische Luftrüstung zugesprochen werde. Außerdem schließe Frankreich sich der Auffassung hinsichtlich der Rückkehr Deutschlands nach Genf an.

Das bedeutet eine strikte Ablehnung jeder vermittelnden Schritte, die von Italien und England unternommen worden und die Aufstellung von Forderungen, die für Deutschland selbstverständlich unannehmbar sind. So sind wieder einmal, wie schon so oft, die Abrüstungsgespräche ergebnislos geblieben, und es ist wahrscheinlich, daß die Haltung der französischen Regierung jede weitere Abrüstungsaussprache sehr erschwert hat.

Eden hat während seiner Pariser Verhandlungen in ständiger Verbindung mit seiner Regierung gestanden, und der ablehnende Standpunkt Frankreichs ist schon vor seiner Rückkehr nach London dort bekanntgeworden. Man kann es gewissermaßen als eine vorweggenommene Antwort an Frankreich betrachten, daß die englische Öffentlichkeit in den letzten Tagen fortgesetzt im Sinne einer Aufrüstung bearbeitet wird. Auch findet Eden ein rüstungswilligeres Kabinett vor, als er es verließ. In dem neuen Etat für die Luftflotte waren nur vier neue Kampfflugzeuggeschwader angefordert worden, jetzt hat aber die Regierung bereits einen Nachtragsetat für die Landesverteidigung angekündigt.

Auch in Italien hat das Verhalten Frankreichs stark verschnupft. Die italienische Zeitung „Stampa" schildert die Lage durchaus richtig, wenn sie schreibt, die Fortschritte, die man in Berlin und Rom gemacht, und die Annäherung, die man zwischen der italienischen und der englischen These erreicht habe, hätten in Paris nichts weiter zur Folge gehabt, als daß man auf frühere Stellungen sich zurückgezogen habe, die man längst überwunden glaubte. Frankreich zeige sich jedesmal nur dann in der Abrüstungsfrage bereitwillig, wenn die anderen drei Mächte unter sich uneinig seien, sobald aber auch bei den anderen nur ein leichtes Zeichen der Übereinstimmung sich zeige, ziehe sich Paris unmittelbar zurück, um nicht in die Gefahr zu kommen, beim Worte genommen zu werden. Es sei nicht unmöglich, daß man die augenblicklichen Besprechungen auf diplomatischem Wege für einige Zeit noch fortsetze, weil es natürlich den Franzosen unangenehm sei, für das Nichtzustandekommen eines Abkommens verantwortlich gemacht zu werden. Wenn England die Besprechungen fortsetzen wolle, dann würde Frankreich mitmachen, um den Engländern zu beweisen, daß man auch kein Opfer scheue, um ihnen gefällig zu sein; in Wirklichkeit werde man aber nicht das Geringste tun.

Jedenfalls wird Eden von seiner Reise die Überzeugung mitgebracht haben und in London auch vertreten, daß nicht, wie es Frankreich immer hinstellen möchte, Deutschland die Schuld am Scheitern jeder Abrüstungsbesprechungen trägt, sondern daß Frankreichs böser Wille alle Bemühungen um eine Befriedung Europas immer und immer wieder zuschanden macht.

---

„Die Welt beginnt zu erkennen, daß der Nationalsozialismus ein neuer, durchaus origineller Versuch ist, mit der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Krise, die Europa in Verfolg des fruchtbaren Krieges befallen hat, fertig zu werden, mit neuen Methoden neue Lösungsmöglichkeiten zu suchen", — darin gipfelten die Ausführungen des Reichsministers Dr. Goebbels vor der ausländischen Presse. Neue Methoden zur Lösung auch der Saarfrage und damit auch der deutsch-französischen Spannung hat des deutschen Volkes Führer und Kanzler den Franzosen immer wieder vorgeschlagen. Bisher vergebens. Noch sind die Verteidiger der alten, innerlich längst ausgehöhlten Methoden stark genug, um das Werden eines neuen, besseren Europas zu hemmen. Aber ebenso, wie sich an der Saar alle ihres deutschen Volkstums bewußten Parteien verschmolzen haben zu einer stählernen Front im Kampf für dieses Volkstum, kann, aber nur mit neuen Methoden, auch der Kampf gegen die jetzige Krise Gesamteuropas nur durch eine gemeinsame Front geistig, wirtschaftlich und politisch bis zum Siege durchgefochten werden.

Dr. Br.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF